Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 30 Pfennig die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 35 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 86. Herford, Donnerstag, den 14. April 1921 39 Jahrgang

Grundsätzliches zur preußischen Regierungskrise.

Von Dr. Schreiber-Halle, M. d. L.

Es ist selbstverständlich, daß an eine Angelegenheit, von der Bedeutung der Regierungsbildung in Preußen nicht herangegangen werden darf vom Standpunkt irgendwelcher Sympathien oder Antipathien der Parteien zueinander oder gar unter dem Einfluß rein parteitaktischer oder opportunistischer Erwägungen; sie ist vielmehr befriedigend nur zu regeln unter Beachtung der zwingenden Staatsnotwendigkeiten. Die Deutsche Demokratische Partei darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie von diesem Grundsatz bei ihrer Beteiligung an den verschiedensten Regierungen im Reich und in Preußen von jeher ausgegangen ist. Sie hat von vornherein klar erkannt, wie wichtig es ist, daß die Sozialdemokratie ihren Teil an der staatlichen Verantwortung mit trägt; sie hat aber auch durch den Eintritt in die rein bürgerliche Minderheitsregierung im Reich aller Welt deutlich gezeigt, daß der ihr gegenüber so oft erhobene Vorwurf, sie ließe sich durch die Haltung der Sozialdemokratie beeinflussen oder sei gar von ihr abhängig der Berechtigung entbehrt. Und sie hat sich, wo andere versagten, der Beteiligung an der Regierung im Interesse des Staates auch dann nicht entzogen, wenn sie klar voraussah, welcher Schaden ihr selbst daraus entstehen mußte. Die Demokratische Partei weiß sehr wohl, daß weite Kreise dieser staatspolitisch richtigen Stellungnahme das notwendige Verständnis und eine gerechte Würdigung auch heute noch nicht entgegen bringen. Und doch kann keine Partei anders handeln, der es wirklich ernst ist, mit dem so selbstverständlichen Grundsatz, daß die Interessen des Vaterlandes über die der Parteien gehen.

Auch in der preußischen Krise ist die Stellung der Demokraten völlig klar und richtig. Es ist nicht so, daß der 20. Februar der Demokratischen Partei allein eine Niederlage gebracht hat. Die bisherige Regierung als solche hat vielmehr eine ernste Schlappe erlitten. Sie hat es nicht verstanden, der Republik und der neuen Staatsordnung neue Freunde zu gewinnen; ja sie hat alle diejenigen in das Lager ihrer Gegner getrieben, die übersehen, daß nach Deutschlands militärischem Zusammenbruch und der durch Jahrzehnte gehemmten politischen Erziehung seines Volkes die Republik und die Demokratie unmöglich in einem glänzenden Gewande erscheinen konnten und daß gewisse weniger erfreuliche Begleiterscheinungen der neuen Staatsordnung, die wir ebenso gut wie jeder andere sehen und abzustellen bemüht sind, keine Wesenszüge eines demokratischen und republikanischen Staatswesens sind, sondern die Begleiterscheinungen eines unvermittelt gewordenen Neuen. Auch die Tatsache, daß die alte Koalition aus Zentrum, Mehrheitssozialisten und Demokraten im neuen Landtage über eine schwache Mehrheit verfügt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese alte Mehrheit von ihren 306 Sitzen in der Preußischen Landesversammlung nur 232 in den neuen Landtag gerettet, also 74 Mandate am 20. Februar verloren hat. Diese Entscheidung der Wählerschaft kann nicht ignoriert werden. Würden die Parteien der bisherigen Regierungsmehrheit oder auch nur eine von ihnen schuldhaft verhindern, daß eine Regierung auf breiterer Basis mit Einschluß der Deutschen Volkspartei zustande käme, so würde das sicherlich nicht im Interesse der Demokratie und der Republik liegen, die einer starken und festen Regierungsführung bedürfen. Daraus ergibt sich für die Demokratische Partei die zwingende Notwendigkeit unter Ablehnung der bisherigen Koalition mit aller Entschiedenheit eine Regierung der Mitte von Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei zu erstreben.

Aber auch darüber muß volle Klarheit herrschen, daß in Preußen eine Minderheitsregierung etwa wie diejenige im Reich nicht lebensfähig ist. Die Regierungsführung im Reiche ist bisher nur ermöglicht worden durch eine wohlwollende Neutralität der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett. Die Voraussetzung für diese Neutralität war die Mitbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung in Preußen. Es ist anzunehmen, daß diese Neutralität alsbald ihr Ende findet, wenn jeder Einfluß der Sozialdemokratie in Preußen ausgeschaltet wird. Dadurch würden im Reiche gerade in einer außenpolitisch besonders ernsten Lage neue Schwierigkeiten entstehen. Es darf aber auch nicht übersehen werden, welche Folgen eine Opposition der Mehrheitssozialdemokratie für das deutsche Wirtschaftsleben haben kann. So gewiß es richtig ist, daß unser Wirtschaftsleben der Ruhe benötigt und nicht durch unreife Experimente gestört werden darf, so gewiß trifft es aber auch zu, daß diese Ruhe des Wirtschaftslebens nur dann gewährleistet ist, wenn die Arbeitnehmerschaft Vertrauen zur staatlichen und sozialen Entwickelung hat. Für dieses Vertrauen ist die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie von besonderer Bedeutung. Auch die Deutsche Volkspartei hat daher bis in die jüngste Zeit anerkannt, wie wichtig für die wünschenswerte Festigung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die verantwortungsvolle Mitarbeit der gemäßigten Sozialdemokratie ist. Eine Festigung der neuen Staatsordnung ist nur möglich auf dem Wege über die Verwaltung. Diese liegt im wesentlichsten bei den Ländern. Niemand, dem es wirklich ernst ist mit der Republik und der Demokratie kann es deshalb zugeben, daß etwa solche auf den Geist, in dem diese Verwaltung geführt wird, bestimmenden Einfluß gewinnen, die nur laue Freunde oder gar Gegner der neuen Staatsordnung sind. In dieser Hinsicht gibt die Politik der Deutschen Volkspartei zu schweren Bedenken Anlaß; sie hat zwar im Reiche seinerzeit durch den Reichskanzler Fehrenbach auch in ihrem Namen sein Programm entwickeln lassen, das den demokratischen und republikanischen Gedanken stark hervorhob. Sie hat auch in Preußen der demokratisch-republikanischen Verfassung ihre Zustimmung nicht versagt. Das alles hat die Deutsche Volkspartei nicht gehindert, draußen im Lande die Republik und die Demokratie mit der gleichen Leidenschaftlichkeit zu bekämpfen, mit der die Reaktion die allmählich sich bildende Autorität der neuen Staatsordnung unermüdlich zu erschüttern versucht. Sie hat auch in einer ganzen Reihe von Ländern u. Provinziallandtagen den Anschluß nicht nach der Mitte, sondern nach rechts gesucht und gefunden. In diesen Widersprüchen liegen in Wirklichkeit die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage begründet. Zu einer gemeinsamen Regierung ist das gegenseitige Vertrauen in den ehrlichen Willen aller Beteiligten erforderlich, daß sie die neue Staatsordnung in der gleichen Richtung entwickeln wollen; und diese Richtung kann nur diejenige sein, die die Preußische Verfassung vom November 1920 gewiesen hat.

•

Die Mittwoch-Meldungen Berliner Blätter, daß die Grundlinien des Kabinetts Stegerwald fertig seien, waren verfrüht. Die mitgeteilte Lösung, wonach das Zentrum den Ministerpräsidenten, den Wohlfahrtsminister und den Justizminister, die Sozialdemokraten den Minister des Innern, den Finanzminister und den Unterrichtsminister stellen würden, während die Demokraten das Handelsministerium behalten und die Volksparteiler mit zwei nichtparlamentarischen Fachministern für Landwirtschaft und ein neu zu schaffendes Amt abgefunden werden sollen, kann nicht als befriedigend angesehen werden. Die Deutsche Volkspartei hat sie bereits abgelehnt und die Demokraten können ihr auf Grund ihrer bisherigen Fraktionsbeschlüsse nicht zustimmen. Unter diesen Umständen muß doch vielleicht die Lösung zunächst im Reich statt in Preußen gesucht werden.

Das Neueste vom Tage.

Auf das Dankschreiben des Reichspräsidenten an die holländische Königin für die Wahrung der deutschen Interessen während des Krieges antwortete diese in einem freundlichen Briefe.

Die von der französischen Presse aufgestellte Behauptung, Dr. Simons habe die Vermittlung des schweizerischen Bundesrats in der Reparationsfrage nachgesucht, wird von maßgebender schweizerischer Seite als unwahr bezeichnet.

Marschall Foch hatte gestern vormittag in Paris eine Besprechung mit Briand, auch an der Sitzung des Botschafterrats nahm er teil.

Das im März zusammengetretene deutsch-jugoslawische Schiedsgericht hat nunmehr seine Prozeßordnung festgesetzt.

Nach einer Meldung aus Polen hat sich der Chef der französischen Militärmission in Polen, General Nieffel, nach Paris begeben.

Die ungarische Regierung richtete an die Schweiz eine Note, dem Exkaiser Karl, als dem rechtmäßigen König von Ungarn den weiteren Aufenthalt zu gestatten.

In Budapest begann gestern der Prozeß gegen die unter bürgerlicher Gerichtsbarkeit stehenden Mörder des Grafen Tisza.

Der Heeresbericht der türkischen Nationalisten meldet einen planmäßigen Verlauf der Kampfhandlungen an den Fronten von Brussa, Karabissar und Ismidt sowie am Marmararmeer.

Hardings Botschaft.

Angesichts der alles überragenden Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Zukunft Europas haben wir die unabweisbare Pflicht, alles mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen, was irgendwelchen Aufschluß über die Stellungnahme der Washingtoner Regierung zu den schwebenden europäischen Fragen geben könnte. Diese Einsicht ist denn auch mit Recht in allen Kreisen Deutschlands lebendig, und zwar um so mehr, als ja auch England und Frankreich in ihrer ganzen Haltung zeigen, daß sie auf die Beobachtung der amerikanischen Politik beinahe noch größeren Wert legen als wir. Der beste Beweis war in dieser Richtung die Entsendung Vivianis nach Washington, und gerade das Fiasko dieser Mission und die Erörterungen, die sich daran in der französischen Presse geknüpft haben, lassen erkennen, in welchem Umfange in der Tat das Verhalten der Union Einfluß auf die europäischen Dinge ausübt. Heute liegt nun der Wortlaut der mit so großer allgemeiner Spannung erwarteten Botschaft des neuen Präsidenten Harding an die beiden Häuser des amerikanischen Parlaments vor und aus ihm wird ersichtlich, was jeder Vernünftige von vornherein nur erwarten konnte: daß nämlich die europäischen Angelegenheiten, so wichtig sie auch in amerikanischen Augen erscheinen, erheblich hinter die inneren amerikanischen Verhältnisse zurücktreten, und daß Herr Harding selbstverständlich gar keinen Anlaß gesehen hat, zur europäischen Frage mehr als unbedingt nötig zu sagen. Er spricht sich für einen möglichst baldigen Frieden mit Deutschland und gegen den Völkerbund aus. Beides ist uns keine Neuigkeit, aber interessant ist trotzdem, daß die Botschaft, die so gar keine Ueberraschung bringt, aus mehr als einem Grunde vor allem in Frankreich Enttäuschungen hervorrufen wird. Man entsinnt sich noch, wie eifrig sich die Pariser Presse mit ihrem wahrscheinlichen Inhalt monatelang hindurch beschäftigt hat, und wie immer und immer wieder angedeutet wurde, daß sie auf die Proklamierung eines noch engeren Anschlusses der Union an die Entente hinauslaufen würde. Statt dessen legte Harding den Hauptton — für uns wiederum ganz selbstverständlich — auf die Wahrung der eigensten Interessen der Vereinigten Staaten, und er bestätigte damit für uns jene Auffassung, die in Deutschland immer vor allen hinsichtlich der Stellungnahme Amerikas in der Reparationsfrage geherrscht hat. Wir haben uns immer vor Augen gehalten, daß die Alliierten Amerika viele Milliarden schulden, und daß dieses sich sagt, wenn Deutschland die Alliierten nicht bezahlt, dann könne diese auch Amerika nicht bezahlen. Also müssen die Vereinigten Staaten eine starke Neigung haben, die Wiedergutmachungsforderung der Entente uns gegenüber zu unterstützen. In diesem Sinne nehmen wir auch Kenntnis von der Darstellung, die der neue Leiter der amerikanischen Geschicke von den Richtlinien seiner Politik gemacht hat.

wtb. **Paris**, 13. April. Zur Botschaft des Präsidenten Harding im Senat sagt Pertinax, nunmehr könne niemand mehr Zweifel haben über die auswärtige Politik, die der neue Präsident und seine Mitarbeiter zu verfolgen gedenken. Diese Politik bestehe in einer energischen Verteidigung der amerikanischen Interessen und der Nichtunterordnung der nationalen Sache unter irgend eine Staatenorganisation, oder irgend eine Allianz und dagegen suchen sie praktische Abkommen mit den Waffengefährten in allen Fällen, wo die Abkommen für die Parteien gemeinsamen Vorteil bieten können. Der Völkerbund sei tot, um so mehr, als er außer auf die Mitarbeit von Amerika auch auf die Deutschlands und Rußlands verzichten muß. Es handelt sich also nunmehr um eine private Gruppierung von Mächten, was dem berühmten Völkerbund-Versuch jede Bedeutung nehme. Was die Zukunft anbetrifft, so meint Pertinax, habe man nicht geglaubt, daß Präsident Harding schon gestern den Wunsch ausgedrückt habe, daß der theoretische Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten beendet werden müsse. Man habe geglaubt, der Präsident wolle Zeit gewinnen, um sich mit allen Alliierten auseinander zu setzen. Man sehe aber jetzt, daß die Senatoren des auswärtigen Ausschusses den Sieg davon getragen hätten. Pertinax findet den Grund darin, daß Frankreich versucht habe, bei der amerikanischen Regierung für den Völkerbund und den Gesamtfrieden zu plädieren, anstatt aus der Erklärung des Senats den notwendigen Schluß zu ziehen. Seit zwei Jahren habe man sich über Amerika getäuscht. Das System, das von den leitenden Männern im Jahre 1919 aufgebaut worden sei, sei in Trümmer zerfallen. Pertinax fragt zum Schluß, ob man nun endlich nach Washington Männer schicken werde, die fähig seien, Fragen aufzuklären und zu verteidigen und fügte hinzu, diese Erklärung ziele nicht auf Viviani, der sein bestes getan habe.

wtb. **Washington**, 12. April. Zur Abrüstung führte Harding in seiner Botschaft aus, er stehe dem Wunsche, die schwere Bürde der Abrüstung abzulegen, sympathisch gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit anderen Nationen über dieses Ziel zusammenzutreten, aber die einfache Klugheit verbiete den Vereinigten Staaten, allein abzurüsten.

Simons und Briand.

Der deutsche Außenminister hat in Bern einem französischen Korrespondenten seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, über neue Vorschläge vor allem mit Frankreich zu verhandeln. Einzelheiten dieser Unterredung sind entstellt in die Welt gegangen, aber der große politische Kern hat sich nicht verwischen lassen, und der französische Korrespondent hat den Gedanken des Ministers sehr richtig wiedergegeben, daß neue Vorschläge gemacht werden müßten. Die Pariser Presse hat sich diesen Aeußerungen gegenüber abwehrend verhalten. Sie mag im ganzen so chauvinistisch sein, wie man sich nur vorstellen kann, sie konnte aber letzten Endes nicht darüber hin-

---

Daheim müßte sie sich nicht. Darum sagte sie nur mit überlegenem Lächeln:

„Ach, Tante, das wäre aber nett!"

Diese drehte sich ärgerlich ab, weil sie nicht verstanden worden war. Martha war auch zu schwerfällig.

Gerade trat Adolf zur Fahrt bereit aus dem Hause, als Martha die Treppe hinabging. Da drehte er sich noch ein-

Der Vorsitzende hatte ja schon an dem Abend gesagt, daß jenes Mädchen, von dem der Redner ihm damals in Hamburg gesprochen, und Agnes ein und dieselbe seien, und das war auch der Grund, warum er ihre Gesellschaft suchte.

An jenem Abend war er auch überzeugt, daß Agnes den jungen Forscher wiederliebte. Dann aber hatte ihn der

Der erste Patient.

Von C. Chatelain.

(Nachdruck verboten.)

Im Kollegenkreis sahen wir zusammen, plauderten über dieses und jenes und plötzlich hieß es: „Doktorchen, beichten Sie mal, wer Ihr erster Patient war, und wieviel er Ihnen

Da hatte schon viel im Leben gesehen, viele elende Männer, viel Betten ohne Laken und Kissbben fast ohne Dielen, aber so etwas, wie bei Mutter Dubl, doch noch nicht. Doch genug davon.

Die Alte auf ihrem Lager litt entsetzliche Schmerzen. Die Nachbarinnen umstanden sie, und jede schlug irgend ein anderes Mittel vor und versuchte dabei unbemerkt von

wegkommen, daß Frankreich das deutsche Geld braucht, und ihre abwartende Haltung war wohl auch dadurch zu erklären, daß einstweilen die Parole der Regierung noch fehlte. Die französische Regierung hat die Parole nunmehr ausgegeben, und Briand hat auf die Aeußerungen Simons geantwortet, auch wenn er dabei diese Aeußerungen mit keinem Wort erwähnte. Aus Anlaß der Kammerberatung über die bevorstehende Rechnungsstellung der Reparationskommission hat Briand betont, daß man zahlen müsse. Diese Selbstverständlichkeit ist in Deutschland von niemandem bezweifelt worden, und die Aeußerungen Simons hatten ja gerade den Zweck, eine politische Aktion einzuleiten, nach der ein Zahlungsmodus gefunden werden sollte. Wenn Briand jetzt trotzdem erklärt, daß man an einzelnen Reden erkenne, daß in Deutschland noch ein Geisteszustand vorhanden sei, der auf irgend ein Entschlüpfen hoffe, so sagt er damit nur etwas, das vor ihm zwar schon sehr viele gesagt haben, das aber trotzdem nicht richtiger wird, weil es schon so oft gesagt worden ist. Im übrigen, und das ist das Kennzeichnende, wiederholt Briand alle diese Drohungen, die er schon vor einer Woche ausgesprochen hat, und wenn er damals von der herniedersausenden Faust sprach, so ist die neueste Redewendung von ihm, daß der Gerichtsvollzieher schon abgeschickt worden sei. Wenn sich der Schuldner widerspenstig zeigen werde, so müsse ihn der Gendarm begleiten. Drohungen, Drohungen, nichts als Drohungen. Die Tatsache, daß Briand von den Aeußerungen Simons überhaupt keine Notiz nimmt, läßt den Schluß zu, daß man das deutsche Angebot in Frankreich nicht will, weil man nur die Rechnung der Reparationskommission will. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Trotz alledem wird die deutsche Regierung bis zum 1. Mai tun müssen, was in ihren Kräften steht. Kommt eine Verhandlungsatmosphäre nicht zustande, so liegt die Schuld allein bei Frankreich.

Vor der Entscheidung im englischen Bergarbeiterstreik.

wtb. **London,** 12. April. Die Vorschläge der Regierung zur Beilegung des Streiks der Grubenarbeiter wurden am Abend veröffentlicht. Nach Darlegung der Einwände gegen eine Nationalisierung des Unternehmergewinns und einer nationalen Festsetzung der Löhne schlägt die Regierung nun die Festsetzung der Löhne nach Distrikten vor. Der Grundsatz, nach dem die Sätze normiert werden sollen, sollen national bestimmt und von der gegenwärtigen Konferenz erörtert werden. Beschwerden aus einzelnen Distrikten sollen dem nationalen Komitee überwiesen werden, in dem Grubenbesitzer und Bergleute vertreten sind. Die gegenwärtige Konferenz soll auch bestimmen, welcher Prozentsatz des Unternehmergewinns auf die Löhne entfallen soll. Wenn ein Einvernehmen auf diese Weise zustande kommt und die Löhne auf wirtschaftlicher Basis festgesetzt werden, wird die Regierung kurze Zeit eine finanzielle Hilfe gewähren, um einem zu schnellen Sinken der Löhne in den am meisten betroffenen Bezirken Einhalt zu tun.

wtb. **London,** 12. April. Wie Reuter amtlich mitteilt, ist die Konferenz der Bergleute und Grubenbesitzer vertagt, nachdem die Grubenbesitzer mitgeteilt hatten, daß die auf der Konferenz erörterten Punkte in Erwägung gezogen würden und daß sie der Regierung über ihren Entschluß Mitteilung machen würden.

wtb. **London, 13. April. (Reuter). Der Arbeiterdreibund hat beschlossen, daß der Ausstand Freitag abend um 10 Uhr beginnen soll.**

An der Bahre der Kaiserin.

wtb. **Doorn,** 13. April. Der Leichnam der ehemaligen Kaiserin wurde in dem Zimmer, in das er übergeführt wurde, auf einem Katafalk aufgebahrt. Der frühere Kronprinz und Prinz Oskar sind eingetroffen. Die nach Maarne führende Allee ist mit Tannenbäumen ausgeschmückt. Durch diese Allee soll sich der Trauerzug zum Bahnhof Maarne bewegen. Zur Trauerfeier in Doorn erwartet man noch den Prinzen Adalbert und die Herzogin von Braunschweig sowie andere Mitglieder des ehemaligen Kaiserhauses. Zahlreiche Blumen- und Kranzspenden sind bereits angekommen.

wtb. **Berlin,** 13. April. Das vormalige Oberhofmarschallamt gibt bekannt, daß, nachdem auf Anordnung aus Doorn die Beisetzung der Kaiserin erst am Dienstag, 19. April, erfolgt, daß die für Sonnabend ergangenen Ansagen nunmehr für Dienstag gelten. Die angesetzten Zeiten bleiben die gleichen.

•

Aus Potsdam wird gemeldet: Die Anteilnahme am Tode der Kaiserin ist aus allen Kreisen der Bevölkerung eine gewaltige. Seit Montag nachmittag sind bei den in Potsdam weilenden Kaisersöhnen mehr als 8000 Telegramme und unzählige Beileidsschreiben eingegangen. — Die Regierung hat für die Beisetzung der Kaiserin in Potsdam eine Spalierbildung der nationalen Vereine und Korporationen genehmigt. Das zuerst ergangene Verbot der Teilnahme von Vereinigungen an der Beisetzungsfeier ist aufgehoben worden. In einer Betriebsräteversammlung der Potsdamer Eisenbahner wurde ein kommunistischer Antrag, die Aufbahrung der Leiche der Kaiserin in dem früheren Fürstensalon des Wildparkbahnhofs zu verhindern, mit Entrüstung und nahezu einstimmig abgelehnt.

Herford u. Minden-Ravensberg.

14. April.

Es ist weder Sache des Mannes noch des Staates, zu entscheiden, wo für die Frau das Glück liegt. Sie selbst muß es wissen. Und sie wird es immer da finden, wo für sie der größte seelische Reichtum ist.
Elisabeth Altmann-Gottheiner.

Eigenheim-Bau-Gesellschaften.

Von Oberbürgermeister Dr. Heymann.

I.

Zur Minderung der Baukosten findet der Gedanke immer mehr Boden, das eigene Interesse des Ansiedlers auszunützen. Dabei liegt es nahe, anzuknüpfen an die Sachkunde der Bauhandwerker selbst, die gemeinschaftlich ihre eigenen Häuser herstellen. Hierbei wiederum wird der Sinn für möglichste Wirtschaftlichkeit eher in kleinen Gemeinschaften zu finden sein als in großen. Der Bau durch Familienmitglieder oder enge Freunde z. B. wird günstiger ausfallen als der von größeren Genossenschaften und Vereinen. Dieser Gedanke ist ja schon vielfach in die Tat umgesetzt.

Es ergibt sich die Frage: 1. welche Rechtsformen für diese kleinen Baugruppen zu wählen sind und 2. wie der notwendige Kredit im Einklang mit den jetzigen Vorschriften zu beschaffen ist.

II.

Der deutschen Vorliebe für Vereinsbildung und umfangreiche „Satzungen" entspricht es mehr, rechtsfähige Organisationen zu schaffen. Dies ist aber für das oben erwähnte Ziel ein unnützer Energieverlust; denn zur Herstellung der eigenen Häuser durch kleinste Bauhandwerkergruppen bedarf es keiner verwickelten Rechtsformen. Es genügt vielmehr ein einfacher Gesellschaftsvertrag im Sinne des § 705 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches. Darnach verpflichtet sich eine kleine Gruppe von Bauhandwerkern formlos zu gemeinschaftlicher Arbeit bis zur Fertigstellung ihrer eigenen kleinen Wohnhäuser, an denen alsdann jedem Einzelnen freies Eigentum zugewiesen wird. Dieser Weg ist z. B. in der Stadt Köthen von vier Eigenheimsiedlern (zwei Maurern, einem Schlosser und einem Tischler) versuchsweise eingeschlagen worden. Sie werden beim Hausbau von ihren Verwandten und einem städtischen Techniker unterstützt.

III.

Die Gewährung von öffentlichen Baukostenzuschüssen ist trotz dieser loseren Rechtsform leicht möglich. Erwünscht ist nur, daß die Stadtverwaltung das Eigentum am Grund und Boden solange behält, bis die Häuser ungefähr fertiggestellt sind. Da nämlich das Bauwerk dem Eigentume zuwächst, sind die öffentlichen Zuschüsse hierdurch besser gedeckt als durch Sicherungshypotheken, die erst nach der Fertigstellung, jedenfalls nach der Rohbauabnahme, und nach der Auflassung an die Ansiedler eingetragen zu werden brauchen. Die einzige — wenn auch in Anbetracht des Eifers der Ansiedler geringe — Gefahr ist nur die Möglichkeit der Einstellung der Bauten vor Fertigstellung. Neuerdings sind ja schon Fälle vorgekommen, daß wegen Mangels an Geld und dergleichen Neubauten zur Ruine zu werden drohten.

Dem kann leicht vorgebeugt werden durch einen formlosen — möglichst schriftlichen — Vertrag, durch den sich die Stadt zur Sicherung ihrer Vorschüsse auf die endgültig zu zahlenden öffentlichen Baukostenzuschüsse das Recht vorbehält, den Bau der auf städtischem Grund und Boden errichteten Häuser nach zweiwöchiger Kündigung unter Ausschluß der Siedler selbst fortzusetzen. Die Siedler haften als Gesamtschuldner. Von diesem Rechte wird die Stadt nur Gebrauch machen, wenn der Hausbau in gefährlicher Weise stocken würde.

Im Falle des Eintritts der Stadt in den Bau, wie er steht und liegt, ist natürlich Entschädigung zu leisten. Wenn die Entschädigung voll bezahlt wird, könnte ein Anreiz zum Verlassen des Baues bestehen. Darum ist, ähnlich wie in manchen Wiederkaufs- und Erbbauverträgen, ein Abzug von einem Fünftel des Wertes im Falle der Uebernahme der Bauten vereinbart. Die Entschädigungssumme wird im Streitfalle unter Ausschluß des Rechtsweges durch eine dreiköpfige unparteiische Kommission festgesetzt. Das Eigentumsrecht der Stadt im Falle des Eintritts erstreckt sich nicht nur auf die mit dem Grund und Boden fest verbundenen Bauteile, sondern auch auf die zum Zwecke des Baues auf das Grundstück verbrachten Materialien. Natürlich müssen sich die Siedler verpflichten, während des Baues dem Stadtbauamt dauernd Einblick zu gewähren in das Fortschreiten des Baues und in ihre Rechnungs- und Buchführung. Auf diese Weise ist eine Gefährdung der Stadt nicht abzusehen und das oben erwähnte Ziel zu erreichen.

---

hz. **Gedächtnisfeier.** Morgen, Freitag, abend 8¼ Uhr, findet aus Anlaß des Todes der ehemaligen Kaiserin eine Gedächtnisfeier in der Münsterkirche statt, veranstaltet von den Vereinen „Frauenhilfe" und dem „Vaterländischen Frauenverein". Der Altstädter Jünglings- u. Jungfrauenbund wird den Abend mit Chorliedern umrahmen. Frauen und Männer jeden Standes sind dazu eingeladen.

= **Vom Finanzamt** wird uns geschrieben: Da vielfach noch Zweifel in der Richtung bestehen, ob Zuwendungen, welche Arbeitnehmern nicht laufend gezahlt werden, nach den Vorschriften des Reichseinkommensteuergesetzes steuerpflichtig sind, wird darauf hingewiesen, daß Wirtschaftsbeihilfen, Teuerungs- und Entschuldungszulagen usw. auch dann bei den Arbeitnehmern steuerpflichtig und dem Lohnabzug unterworfen sind, wenn sie über das vereinbarte Arbeitseinkommen hinaus vom Arbeitgeber freiwillig gezahlt werden.

hz. **Kreissparkasse Herford.** Dem Rechnungsabschluß der Kasse für 1920 entnehmen wir nachstehende Zahlen: Betrag der Einlagen Ende 1919: 68 984 322,67 ℳ; Zuwachs im Jahre 1920 durch Zuschreibung von Zinsen 2 262 419,26 ℳ, durch neue Einlagen 63 804 330,82 ℳ. Ausgaben in 1920 für zurückgenommene Einlagen 55 521 096,03 ℳ; Betrag der Einlagen Ende 1920: 79 529 976,72 ℳ. Bestand der Kontokorrenteinlagen Ende 1920: 2 557 010,06 ℳ. Der Reservefond stand am Schlusse des Jahres mit 3 844 272,31 ℳ zu Buche; an Sparkassenbüchern befanden sich 42 667 Stück am Jahresschlusse im Umlaufe.

hz. **Vom Wochenmarkte.** Die Preise für frische Eier halten sich nach wie vor auf gleicher Höhe; auch heute betrug der Preis für ein Ei 1,30 ℳ. Unsere Hausfrauen verhielten sich wie am Dienstag infolgedessen passiv und lenkten ihre Blicke mehr auf das Angebot von Gemüse, das mancherlei Neues bot. Infolge des am frühen Morgen eingetretenen Regens — der unserer Landwirtschaft übrigens sehr erwünscht ist — war der Besuch des Marktes nur mäßig.

d. **Hilfskräfte bei der Post.** Auf eine Anfrage des demokratischen Abg. Erkelenz hat der Reichspostminister erwidert, daß, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen — namentlich die Fürsorgemaßnahmen für die Kriegsbeschädigten — und die Betriebsverhältnisse es gestatten, die Postverwaltung auf eine Verminderung der Hilfskräfte bedacht gewesen ist. Ihre Zahl sei von 116 000 am 1. April 1919 auf rund 95 000 am 1. September 1920 zurückgegangen. Ende Januar d. Js. sei die im Juli 1920 versuchsweise zugelassene Arbeitsstreckung aufgehoben und weitere Entlassungen von Hilfskräften unter weitgehendster Vermeidung von Härten angeordnet worden. Noch für das Rechnungsjahr 1920 würden 30 000 bisher aushilfsweise Beschäftigte, aber dauernd erforderliche Kräfte aus dem Verhältnis als Helfer und Helferinnen in das Beamtenverhältnis überführt. Für das Rechnungsjahr 1921 sei beabsichtigt, das zahlenmäßiger Verhältnis zwischen den Be-

---

Die Marketenderin von Köln

17) von Levin Schücking.

Es wurde Dämmerung, es wurde rosig hell über den Gipfeln der fernern Berge, es wurde Tag. Der Wagen hatte einmal während der Nacht gehalten; man hatte frische Pferde vorgelegt; als die Sonne über die Bergrücken im Osten emporstieg, wurde noch einmal gewechselt, und dan bewegte sich der Wagen, schwer und langsam, wie früher, fortwährend heftig gestoßen in den unergründlich schlechten Wegen weiter.

Wenn Hubert seine Augen öffnete, sah er die Blicke der Dame ihm gegenüber auf sich gerichtet: es waren Blicke aus eigentümlichen, stahlblauen und stahlscharfen Augen, die von keinen Wimpern beschattet waren und mit einem Ausdruck auf dem Kranken ruhten, in welchem nicht die geringste erkennbare Regung oder eine bestimmte Sprache lag. Nur einmal, als er bei den Schmerzen, die ein heftiges Stoßen des Wagens ihm erregte, zu stöhnen begann, sagte sie: „Geduld — hab' Er Geduld. Wenn wir angekommen sind, wird Er gute Pflege und ärztlichen Beistand erhalten."

Hubert war nicht in der Lage, etwas zu antworten. Die Stunden vergingen; man wechselte endlich wieder die Pferde; es mußte bald Mittag sein. Die Dame verließ den Wagen nicht; sie führte einige Erfrischungen darin bei sich. Die Sonne, die heute mild und klar schien, senkte sich; es ging gegen Abend; man kam in immer höhere Berggegenden hinein. Da, gegen das Einbrechen der Dämmerung, nahm Hubert wahr, daß der Wagen über eine hölzerne Brücke rollte, dann durch einen Torbogen und nun über einen gepflasterten Hof; und dann hielt er vor einem hohen, dunkeln Gebäude still. Der Schlag wurde geöffnet, und die Dame stieg aus. Hubert merkte, daß man über den Hof zurück und linkshin nach einem Gebäudeflügel fuhr, bis man abermals hielt, abermals den Schlag öffnete und nun ein Mann einstieg, der den Kranken bei den Schultern anfaßte, während draußen ein anderer seine Füße ergriff; so wurde er aus dem Wagen gehoben und über einen kleinen, dunkeln, von hohen Tannen beschatteten Platz getragen, welcher durch die Giebelseite eines Flügelbaues und eine im rechten Winkel daranstoßende hohe Gartenmauer gebildet wurde. Hubert fühlte sich in das Innere dieses Flügelbaues getragen, über Gänge, Treppen, Flure, durch größere und kleinere Gemächer — endlich auf ein Bett gelegt, und dann fing man an, ihn zu entkleiden.

Er war durch die entsetzlich lange Fahrt bis aufs äußerste erschöpft, deshalb verlor er, während alles dies mit ihm vorgenommen wurde, den Rest von halbem Bewußtsein, der ihm noch geblieben war, und fühlte nichts mehr von dem, was man weiter mit ihm begann.

Er wußte auch nicht, wie lange dieser Zustand gedauert hatte, als er wieder zum Bewußtsein erwachte. Er sah sich in einem großen Gemache, das Fenster nach zwei Seiten hatte; an der einen Seite blickte ein beinahe schon kahler, seines rotgelben Laubes fast schon beraubter Bergwald durch die beiden Fenster in das Gemach. Das Bett, in welchem Hubert lag, stand mit dem Kopfende an der diesen Fenstern gegenüber befindlichen Wand, so daß man rechts und links an das Bett herantreten konnte. Die Fenster waren ohne Vorhänge, und die Decke des Gemachs ruhte ohne weiteren Verputz als einen Kalkanstrich auf festem, ganz überflüssig, dickem Gebälk. Die Wände waren mit dunkeln braunen Ledertapeten, die sich im Laufe der Jahre von ihren Rahmen losgespannt zu haben schienen und in Falten und Bäuchen herabhingen, überzogen, und ihre dunkle Farbe trug dazu bei, dem ganzen Raume etwas sehr Düsteres und Unfreundliches zu geben, das noch dadurch erhöht war, daß man die Fenster in der Wand zur Linken des Bettes mit Läden verschlossen hatte. Rechts befand sich ein Kamin, dessen Oeffnung jedoch mit einem Brette verschlossen war; ein davorgestellter Kachelofen erwärmte das Zimmer.

Ein lebendes Wesen fand Hubert, als er diese Beobachtung machte, nicht in dem Raume. Er war völlig allein, wenn er einen häßlichen alten Mann mit einem schweren Harnisch und einem roten darübergeworfenen Mantel nicht als Gesellschaft betrachten wollte, der in Lebensgröße sehr schlecht gemalt über dem Kamine hing. Es kam auch niemand — er vernahm auch draußen kein Geräusch — es war so still ringsumher wie in einem verzauberten Schlosse. Daß man ihn jedoch nicht ohne Wartung und Pflege ließ, sah Hubert an den Gegenständen, welche den Nachttisch neben seinem Bette bedeckten. Hier waren Medizinflaschen, Umschläge und Salbentöpfe in erklecklicher Anzahl aufgestellt: er durfte keinen Augenblick daran zweifeln, daß irgend ein ihm unbekannter Kunstgenosse des Doktor Heukeshoven seine Versuche mit ihm machte.

Hubert Bender lag lange, wie er glaubte, wohl Stunden lang, ohne daß er jemand kommen hörte. Endlich — das abnehmende Licht kündigte bereits den nahenden Abend an — wurde draußen ein sacht auftretender Schritt vernehmbar; die Tür am oberen Ende des Raumes öffnete sich leise, und ein Mann in schwarzer Kleidung mit gepuderter Perücke trat herein und näherte sich dem Bette.

Hubert Bender erkannte in ihm den einen der drei Menschen, welche er in dem geheimnisvollen alten Hause erblickt hatte, den Diener, der zu den zwei anderen hereingetreten war.

Als der Mann mit der Perücke sein breites, durch eine kurze, flache Nase verunstaltetes Gesicht, aus dem ein paar stechende kleine Augen hervorleuchteten, über den Kranken beugte und diesen hell wach fand, sagte er:

„Ah . . . sind wir endlich ruhig geworden? Sind wir endlich besser?"

(Fortsetzung folgt.)

kamen und den Hilfskräften, daß sich im Laufe des Krieges immer mehr zu Ungunsten der Beamten verschoben hatte, weiter dem Stande der Vorkriegszeit zu nähern. Zum Schluß spricht der Minister die Hoffnung aus, daß hierdurch und durch Vermehrung und Verbesserung der während des Krieges stark abgenutzten Betriebsmittel die früher gewohnte Schnelligkeit und Sicherheit in der Abwicklung des Post- und Telegraphenverkehrs wieder erreicht werden wird.

hz. **Holländische Käse-Hausierer in Herford.** In letzter Zeit konnte man in unserer Stadt wiederholt auffällig gekleidete Hausierer beobachten. Es waren groß gewachsene, kräftig gebaute junge Leute mit derbem Schuhzeug und blauen Kitteln. Auf dem Rücken trugen sie in festem, blauem Leinenstoff ihre Ware. Die war sehr eigenartig. Die Händler bieten nämlich holländischen Käse in ganzen Broten feil. Sie verlangen 17 ℳ für das Pfund, begnügen sich schließlich aber mit 15 ℳ. Warum kommen diese Hausierer nun wohl zu uns? Weil Holland einen solchen Reichtum an Käse, wie übrigens an allen andern Nahrungsmitteln usw. hat, daß der eigene Markt dafür längst nicht mehr ausreicht. Um also ihren Ueberfluß abzustoßen, darum finden sich jetzt die holländischen Käse-Hausierer bei uns ein.

hz. **Erneuerungsbauten im Herforder Staatsbahnhofsgebäude.** Seit etwa einer Woche sehen die Reisenden, welche den Schalterraum des hiesigen Staatsbahnhofs betreten, daß ein Teil des Fußbodens aufgenommen worden ist. Wie wir dazu von maßgebender Stelle erfahren, wird beabsichtigt, den Fußboden nach und nach aufzuheben und ihn neu anzulegen, ohne dadurch aber eine nennenswerte Stockung des Verkehrs herbeizuführen. Seit längerer Zeit nämlich besteht der Uebelstand, daß der Boden durch die sich unter ihm entwickelnden Erdgase derartig gewölbt ist, daß seine Erneuerung dringend notwendig wurde. Durch seine Beschaffenheit waren Unfälle nicht ausgeschlossen und zwar besonders dann nicht, wenn die Passanten mit Schnee und Eis unter den Füßen den Schalterraum betraten. Viele werden die Wölbung des Fußbodens allerdings kaum wahrgenommen haben, doch ist diese jetzt, nachdems bereits ein größerer Teil in der Umgebung der Gepäckabfertigung neu hergestellt ist, sehr deutlich zu erkennen. Der Gefahr einer weiteren Hebung des Bodens entgeht man dadurch nun ein- für allemal, indem unter ihm Schienen hergezogen werden, sodaß zwischen Boden und Erdreich ein Hohlraum geschaffen wird, der eine Wiederholung der Mängel unmöglich macht. Um nun die Neuanlage des Fußbodens ohne eine Störung des Verkehrs durchzuführen, wird zurzeit am rechten Flügel des Gebäudes ein Teil eines großen Fensters mit dem Unterbau herausgenommen und auf diese Weise ein Notausgang geschaffen, durch den sich das Publikum anstatt durchs Hauptportal zu den Schaltern begeben kann. Während der Dauer der Arbeiten, die sich bis zur Sperre erstrecken und die etwa noch 8—10 Tage in Anspruch nehmen werden, muß natürlich auch ab und zu ein Fahrkartenschalter geschlossen bleiben, weil der Zugang zu ihm zeitweilig nicht möglich ist. Die ersten Wahrnehmungen der Wölbung machte man dadurch, daß die Türen zu Diensträumen und Wartesälen nicht mehr so weit geöffnet werden konnten, wie es im Interesse eines hemmungslosen Verkehrs erwünscht ist; naturgemäß hat eine Hebung des Bodens namentlich nach der Mitte zu stattgefunden, sodaß die Wölbung nach den Wänden hin merklich abfällt. Eine ähnliche Erscheinung zeigte sich auch einmal vor Jahren bei der Herstellung der Brücke in der Nähe des sogen. „Kleinen Feldes", bei deren Bau infolge einer gleichen Hebung der Erdschicht, hervorgerufen durch Gase, ein Pfeiler nachgelassen hatte. Wenn auch dank des Standes unserer Technik solche Vorgänge sofort erkannt und behoben werden, so sieht man doch, wie an sich unscheinbare Gewalten das Werk von Menschenhand im Verborgenen zu zerstören suchen. — Eine weitere recht begrüßens- und dankenswerte Neuerung stellt der Bau von Unterkunftsräumen für das Fahrpersonal dar, welches von auswärts kommt und hier zu mehrstündigem Verweilen gezwungen ist. Auf Veranlassung des Herrn Oberbahnhofsvorstehers Bosse läßt die Verwaltung auf dem rechts vom Bahnhof liegenden Gebäude ein Stockwerk errichten, das in wenigen Wochen seiner Bestimmung übergeben werden kann. Die Arbeiten führt die Firma Wittland-Herford aus. Den Mitgliedern des Fahrpersonals, das von Dortmund, Altenbeken usw. kommt, bietet sich demnächst ein angenehmer Unterkunftsraum, den die Beamten bisher teils im Packwagen, teils in anderen unfreundlichen Gelassen fanden. In den neuen Räumen können sie sich ungestört aufhalten und einige Stunden der Erholung pflegen. Zweifellos wird das Fahrpersonal dem Anreger dieser Neuerung für seine fürsorgliche Initiative dankbar sein.

p. **Neue Postscheckordnung für das Deutsche Reich.** Infolge des Uebergangs der Postverwaltungen in Bayern und Württemberg auf das Reich hat sich die Notwendigkeit ergeben, an Stelle der in jedem der früheren drei Postgebiete geltenden Postscheckordnungen eine einheitliche Postscheckordnung für das Deutsche Reich zu schaffen, die am 15. April in Kraft tritt. In sachlicher Beziehung enthält die neue Postscheckordnung gegenüber dem bisherigen Zustand nur in einem Punkt eine wesentliche Aenderung. Nach den jetzigen Vorschriften kann der Postscheckkunde eine oder mehrere Personen zur Weiterführung des Kontos nach seinem Tode bevollmächtigen. Hierzu bedarf es einer besonderen, gebührenpflichtigen Vollmacht. Beim Fehlen einer solchen Vollmacht treten im Todesfalle Stockungen ein. Um die hieraus entstehenden Weiterungen zu vermeiden, ist durch die neue Postscheckordnung bestimmt worden, daß beim Vorhandensein mehrerer zeichnungsberechtigter Personen diese berechtigt sind, nach dem Tode des Postscheckkunden das Konto weiterzuführen oder die Löschung des Kontos zu beantragen und das Restguthaben abzuheben. Der Postscheckkunde kann diese Befugnis aber im Unterschriftsblatt beschränken oder ausschließen.

= **Freie Bahn dem Tüchtigen.** Um auch Söhnen unbemittelter Familien die Möglichkeit zu gewähren, sich der Laufbahn des höheren Verwaltungsbeamten zu widmen, hat der preußische Finanzminister in den nächstjährigen preußischen Haushaltsplan einen Fonds einstellen lassen, aus dem Regierungsreferendaren im Falle der Bedürftigkeit widerrufliche laufende Unterhaltungszuschüsse gewährt werden können. Außerdem hat sich der Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß denjenigen Regierungsreferendaren, denen während der Ausbildungszeit ein voller Arbeitsteil zur selbständigen Erledigung übertragen wird, die also eine volle Arbeitskraft ersetzen, während der Dauer dieser Tätigkeit Vergütungen aus dem Hilfsarbeiterfonds gewährt werden können. Für die Referendare der übrigen Verwaltungen (Gerichts-, Berg-, Forst-, Studienreferendare usw.) ist eine ähnliche Regelung getroffen. Bewerbungen um Annahme als Regierungsreferendare sind an einen der Regierungspräsidenten in Königsberg, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Breslau, Merseburg, Hannover, Schleswig, Münster, Kassel, Düsseldorf oder Köln zu richten.

= **Opern-Abend der Bielefelder Oper.** Man schreibt uns: Es sei darauf hingewiesen, daß der Reinertrag dieser Veranstaltung der Ferienkasse der Solisten des Bielefelder Stadttheaters zufließt. Die mitwirkenden Künstler haben auch in Herford einen guten Ruf.

Lippische Freistaaten.

Detmold. Rechnungsrat Solveen, einer der ältesten Veteranen der lippischen Beamtenschaft und ein verehrter alter Mitbürger unserer Stadt, ist gestern im 81. Lebensjahr entschlafen. Erst vor kurzer Zeit konnte der alte Herr in körperlicher und geistiger Rüstigkeit seinen 80. Geburtstag feiern.

Vertretertag

des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes.

wtb. **Dortmund,** 12. April. Ein Vertretertag des westfälisch-lippischen Handwerksbundes, an dem etwa 200 Vertreter des gesamten Handwerks aus Rheinland und Westfalen teilnahmen, faßte folgende Entschließung:

„Die aus ganz Westfalen und Lippe zahlreich versammelten Vertreter des Westfälisch-Lippischen Handwerksbundes protestieren auf das Entschiedenste gegen die übermäßige Belastung der Handwerksbetriebe mit Gemeinde-Abgaben und erwarten von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe, daß er den Organen der Selbstverwaltung Anweisung dahin gibt, solchen Gewerbesteuerbeschlüssen von Stadt- und Gemeindevertretungen die Genehmigung zu verweigern, die über den Rahmen des Ertragbaren hinausgehen. Die Versammlung hält Betriebe mit unter 15 000 ℳ Ertrag überhaupt nicht mehr für geeignet, einen Zuschlag von über 100 Prozent zu entrichten.

Sie erhebt ferner dagegen Einspruch, daß die Finanzämter dazu übergehen, fast alle handwerksmäßigen Betriebe in eine höhere Gewerbesteuerklasse zu versetzen, ohne daß Ertrag und Anlagekapital dazu Anlaß geben. Eine sofortige Revision des Gewerbesteuergesetzes ist unbedingt erforderlich."

Die Vertreterversammlung beschloß, im Juni oder Juli des Jahres einen Bundestag abzuhalten, der eine Massendemonstration gegen die übermäßigen Steuerlasten und gegen die Gefahren der Kommunalisierung und Sozialisierung werden soll. Der Bundestag findet auf Antrag des Kreishandwerkerbundes Bielefeld in Bielefeld statt.

Der Bund will bekanntlich die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Handwerker wahrnehmen und dem deutschen Reichsverband des deutschen Handwerks bei der Durchführung seiner Aufgaben unterstützen. Der Bund will dem Handwerk und dem Gewerbe Einfluß auf die Gesetzgebung und eine seiner Bedeutung entsprechende Vertretung in allen aus Wahlen hervorgehenden Körperschaften und in den Wirtschaftsräten sichern.

Der Bund hat im letzten Jahre einen gewaltigen Aufschwung genommen und ist in einer großen Anzahl von Kreisen in Amts- und Ortsgruppen in glänzendster Weise organisiert. Der Westfälisch-Lippische Handwerksbund ist Mitglied des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, in dem alle Organisationen des Handwerks zusammenlaufen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Kassel. Nach Unterschlagung von 250 000 ℳ ist der Geschäftsreisende einer hiesigen Holzgroßhandlung flüchtig geworden. Er hatte von seinem Prinzipal den Auftrag erhalten, diesen Betrag teils auf der Post, teils auf einer hiesigen Bank einzuzahlen. Er führte aber diesen Auftrag nicht aus, sondern suchte mit dem Gelde das Weite. Seine Frau und Kinder ließ er hilflos zurück.

Duisburg. Ein bei einer hiesigen Bank angestellter 21jähriger Kaufmann verstand es, sich durch betrügerische Handlungen 120 000 Mark zu verschaffen. Er nahm dann Urlaub, um nach Amerika zu flüchten. Vorher hatte er sich mit ausländischen Papieren versehen, die auf einen falschen Namen lauteten.

Gräfrath. Die Räuber, die vor einigen Tagen in der Post in Gräfrath die Beamten überfielen und die Postkasse raubten, sind ermittelt und festgenommen. Es sind die Arbeiter Gustav Brettmann, Karl Katthäuser, Phiilipp Schüler und Erich Schulz, sämtlich aus Bohwinkel. Die vier haben auch im März während der Unruhen in Langenberg den Postraub ausgeführt, wobei ihnen 7000 Mark in die Hände fielen.

Remscheid. Der Bergische Großhändlerverein beschloß, alle Großhandelsfirmen aufzufordern, auf den Bezug aller für Deutschland entbehrlichen Waren aus den Ententeländern, die sich den Sanktionen angeschlossen haben oder anschließen, zu verzichten. Recht so!

Berlin. Dem in Berlin zusammentretenden Städtetag liegt eine Resolution vor, die sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens und für den deutschen Anspruch auf Zuteilung Oberschlesiens in aller Schärfe ausspricht, und auf die dauernd schweren sozialen und kulturellen Schädigungen bei einem Verlust Oberschlesiens hinweist.

wtb. **Hamburg.** Durch die Oberzollinspektion wurde festgestellt, daß zwei Lastautos mit 276 Sack unverzolltem Rohkaffee den Freihafen verlassen hatten. In einem Speicher in der Spaldingstraße wurden 270 Sack davon beschlagnahmt. Die an dem Schmuggel Beteiligten, darunter die Kaufleute Fritz Rechenberg und Wilhelm Kopp, wurden verhaftet. In die Angelegenheit sind auch zwei Zollbeamte verwickelt.

Hildesheim. Ein prämiierter Einbrecher dürfte eine Seltenheit sein, deren sich die Stadt Hildesheim allein rühmen kann. Ein seltsamer Menschenfreund hatte eine goldene Herrenuhr mit Widmung als „Jubiläumsgeschenk für den tausendsten Gefangenen" gestiftet, die dem jetzt festgenommenen langgesuchten Einbrecher Heinrich Hundeshagen aus Algermissen zufiel. H. hatte seit langem die Umgegend von Hildesheim unsicher gemacht. Allein in seinem Heimatsort Algermissen führte er mit Genossen vier Einbruchsdiebstähle aus. Bei einem solchen verlor er seine Photographie, die zum Verräter wurde.

wtb. **Rostock.** Die sogenannte Rostocker Oelmühle der Firma Metzmacher & Co. ist total abgebrannt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist bisher nichts bekannt.

db. **München,** 12. April. In Gegenwart des Königs von Sachsen fand hier die Vermählung des Prinzen Ernst Heinrich von Sachsen, jüngsten Sohnes des ehemaligen Königs, mit der Prinzessin Helene von Luxemburg statt. — Weiter verlobte sich Prinz Franz Josef von Hohenzollern-Sigmaringen mit der Prinzessin Marie Alexis von Sachsen, der 20jährigen zweiten Tochter des früheren Königs.

Saarbrücken. Das hiesige Sondergericht verurteilte die Händler Friedrich Wang und Josef Linet aus Völklingen, die für etwa **200 000 ℳ in Frankfurt gekaufte Silberbarren** nach Lothringen geschmuggelt hatten, zu je einem Jahre Zuchthaus und 10 000 ℳ Geldstrafe.

Deutsche Turnerschaft.

Zu den Gaumeisterschaften des Minden-Ravensberger Turngaues — Kreis 8a, Westfalen und Lippe der Deutschen Turnersch. — in Schlagball, Faustball und Schleuderball haben sich nachfolgende Vereine gemeldet: 1. Turnverein Jahn, Minden; 2. Turngemeinde, Minden; 3. Männerturnverein, Minden; 4. Herforder Turngemeinde; 5. Jöllenbeck Einigkeit; 6. Bünder Turnverein; 7. Turnverein Westfalia, Bünde; 8. Dünner Turnverein; 9. Turn- und Sportverein 1890, Bielefeld; 10. Turngemeinde Arminia, Bielefeld; 11. Gadderbaumer Turnverein e. V.; Turnverein Einigkeit, Bielefeld; 13. Taubstummen-Turnverein Bielefeld. Der Spielausschuß des Minden-Ravensberger Turngaues hat in seiner letzten Sitzung folgende Spieltermine festgelegt: 24. April in Minden, Spielplatz Schweinebruch; 1. Mai in Bünde (nur Fußball); 8. Mai in Bielefeld (nur Gaumannschaften des Südbezirks); 22. Mai in Herford Spielplatz Lübberbruch; 29. Mai in Bielefeld, Spielplatz Olderdissen. Spätere Termine folgen. In den Kreismeisterschaftsspielen vertreten den Minden-Ravensberger Turngau im Schlagball die Turngemeinde Arminia Bielefeld und der Turn- und Sportverein 1890 Bielefeld; im Faustball Männerturnverein Bielefeld und Bünder Turnverein, im Schleuderball der Turnverein Jahn Minden. Die spielenden Vereine haben die Pflicht, nur geschultes Kampfrichtermaterial zu entsenden.

Landwirtschaft.

Der Saatenstand in Preußen Anfang April.

Die regelmäßigen Veröffentlichungen über den Saatenstand in Preußen nach den Berichten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner beginnen wieder mit dem 1. April, sie erstrecken sich vorerst entsprechend der Jahreszeit nur auf die Wintersaaten, Futterpflanzen und Wiesen. Setzt man als Begutachtungsziffern 1 = sehr gut; 2 = gut; 3 = mittel (durchschnittlich); 4 = gering; 5 = sehr gering, so ergibt sich für den Stand der wichtigsten Fruchtarten folgendes Bild:

	Weizen	Roggen	Gerste
Anfang April 1921	2,7	2,7	2,6
Anfang April 1920	2,9	3,2	2,6
Anfang April 1919	2,7	2,6	2,6

Klee und Luzerne fangen erst an, sich zu entwickeln, zeigen aber im allgemeinen guten Ansatz. Im allgemeinen waren für die Wintersaaten die Bestellungsverhältnisse im letzten Herbst zunächst äußerst günstig, da die Stoppelfelder fast überall früh abgeerntet und durch das anhaltende Regenwetter Ende August und Anfang September gründlich durchfeuchtet waren. Der größte Teil der vorgesehenen Einsaat ist auch allgemein bis Anfang Oktober erledigt worden. Wesentlich anders gestalteten sich die Verhältnisse für die spätere Einsaat als Fruchtfolge nach Kartoffeln, Rüben Kohl usw. Von Mitte September bis Dezember herrschte fast ununterbrochen trockenes Wetter mit scharfen Nord- und Ostwinden; bereits Mitte Oktober traten zunächst vereinzelt, dann im ganzen Lande Nachtfröste auf. Die späten Saaten blieben hierdurch in der Entwicklung sehr zurück, wurden von den Kahlfrösten arg mitgenommen oder liefen erst unter der sich im Dezember bildenden Schneedecke und im Januar nach Eintritt wärmeren Wetters auf, sofern sie nicht während des starken Frostes im Keimen vernichtet worden waren. Der milde Verlauf des Winters seit Mitte Dezember war für die weitere Entwicklung der Saaten von günstigem Einfluß. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden Umackerungen von Getreide nur in geringem Umfange nötig werden.

In der Verwendung von Dung ist gegen die letzten Jahre ein merkbarer Fortschritt eingetreten. Auf den Gütern und in den größeren bäuerlichen Betrieben werden wieder künstliche Düngemittel, und zwar Stickstoff und Kali, in fast gleichem Umfange angewandt wie in den Jahren vor dem Kriege. An Phosphaten herrscht noch ziemlicher Mangel; das Angebot wird jedoch ständig größer. Von den Mittel- und Kleinbetrieben wird künstlicher Dung wegen der hohen Preise zu wenig verwendet; man behilft sich möglichst mit Stalldung. Immerhin ist die Produktion an Stallmist noch weit geringer als vor dem Kriege, da es an Kraftfutter fehlt.

Viehmärkte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt. Zum letzten Markt waren aufgetrieben: 483 Stück Großvieh, 504 Kälber, 106 Schafe, 516 Schweine. Es wurden bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen: vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben, 850—900 ℳ, vollfleischige ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 750 bis 850 ℳ, junge fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 650—750 ℳ, mäßig genährte junge und gut genährte ältere 500—650 ℳ. Bullen: vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 700—750 ℳ, vollfleischige jüngere 600—700 ℳ, mäßig genährte junge und gut genährte ältere 450—600 ℳ. Färsen und Kühe: vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 850 bis 900 ℳ, vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 750—850 ℳ, ältere ausgemästete Kühe und wenig gutentwickelte jüngere Kühe und Färsen

650—750 *M*, mäßig genährte Kühe und Färsen 550—650 Mark, gering genährte Kühe und Färsen 300—550 *M*. Kälber: feinste Mastkälber 800—850 *M*, mittlere Mast- und beste Saugkälber 700—800 *M*, geringe Mast- und gute Saugkälber 600—700 *M*, geringe Saugkälber 400—600 *M*. Stallmastschafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 600—650 *M*, ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 500—600 *M*, mäßig genährte Hammel und Schafe 400—500 *M*. Schweine: Fettschweine über 150 Kg. Lebendgewicht 1300 *M*, vollfleischige Schweine von 120—150 Kg. Lebendgewicht 1200—1300 *M*, vollfleischige Schweine bis 120 Kg. Lebendgewicht u. Sauen 1100—1200 *M*. Der Marktverkauf war mittelmäßig, es blieb ein Ueberstand. Nächster Markt am 18. April.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Telegraphische Auszahlungen:	13. April Geld	13. April Brief	12. April Geld	12. April Brief
Amsterdam-Rotterdam . 100 Fl	2162,80	2167,20	2145,35	2149,65
Brüssel-Antwerpen . . 100 Frcs.	456,50	457,40	458,50	459,50
Christiania . . . . . 100 Kr.	1001,95	1004,05	998,90	1000,00
Kopenhagen . . . . . 100 Kr.	1130,35	1132,65	1131,35	1133,65
Stockholm . . . . . 100 Kr.	1477,50	1480,50	1463,50	1468,50
Helsingfors . . 100 finnische Mk.	144,85	144,65	147,35	147,65
Italien . . . . . 100 Lira	289,70	290,30	283,70	284,30
London . . . . . 1 Pfd. Sterl.	243,75	244,25	242,75	243,25
New York . . . . . 1 Doll.	62,13	62,27	61,58	61,62
Paris . . . . . 100 Frcs.	440,55	441,45	443,55	444,45
Schweiz . . . . . 100 Frcs.	1074,90	1077,10	1070,90	1073,10
Spanien . . . . . 100 Pes.	861,60	863,40	859,10	860,90
Wien (altes) . . . . . 100 Kr.	—	—	—	—
Prag (Deutsch-Oesterreich abgest.)	18,73	18,77	18,73	18,77
dto. . . . . 100 Kr.	86,20	86 40	85 15	85 35
Budapest . . . . . 100 Kr.	22,77	22,83	22,09½	22,14½

A.-G. Georg Egestorf, Salzwerke und chemische Fabriken. Vorgeschlagen werden 15 Proz. Dividende (i. V. 12 Proz.) und 20 Proz. Bonus (i. V. 0 Proz.) sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Mill. 6proz. Vorzugsaktien mit zweifachem Stimmrecht.

Verantwortlich für den Inhalt: J. V. Fr. Bierstedt; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

Bekanntmachung
betr. die im April 1921 für die Luxussteuer und für die erhöhte Umsatzsteuer auf Leistungen bestimmter Art (§§ 15, 21, 25 des Gesetzes) abzugebenden Erklärungen.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 werden die zur Entrichtung der erhöhten Umsatzsteuer verpflichteten Personen im Stadtkreise Herford aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für das 1. Vierteljahr (vom 1. Januar bis 31. März 1921) bis spätestens Ende April 1921 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich nach den in Betracht kommenden Vordrucken einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen. Die Steuerpflichtigen sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn Ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Mündliche Erklärungen werden während der Vormittagsdienststunden im Rathause, Zimmer 77, zu Protokoll entgegengenommen.

Herford, den 11. April 1921.

Der Magistrat. Umsatzsteueramt.

Der § 7 der Ordnung vom 31. Januar 1873 erhält folgende Fassung:

§ 7. Das Aufstellen von Denkmälern, Grabzeichen und Einfriedigungen unterliegt der Genehmigung des Magistrats. Die Genehmigung ist vor der Aufstellung und vor Ausführung der Anlage unter Vorlage der entsprechenden Unterlagen, aus denen Masse, Form, Farbe und Werkstoff ersichtlich sind, zu beantragen.

Als Einfriedigung der Grabstellen sind Eisen und Holzgeländer erlaubt, sie dürfen jedoch nicht über 50 Zentimeter, vom Boden gemessen, hoch sein. Die Anlage von Hecken aus Taxus, Lebensbäumen, Hainbuchen, Weißdorn, Liguster und ähnlichen Pflanzen wird besonders empfohlen.

Verboten sind Grabmäler mit Einfassungen aus nicht wetterbeständigen und nicht der Würde des Ortes entsprechendem Werkstoff, insbesondere Zement, Gips, Schlacke, Korkrinde, Tropfstein, Schwarzglas, Wandplatten, Terrazzo, Zinkblech, Dachziegel, Blechplatten, Flaschen, Muschelverzierungen. Ebenso sind nicht gestattet Porzellanfiguren, Photographien unter Glas, Glasplatten und Perlenkränze.

Auch sind Materialnachahmungen wie Holzmaserungen in Stein und Steinprofile in Holz, Cyklopenmauerwerk in Putz, Stein und Tuffsteingrotten, Felsnachbildungen und Marmorierungen unzulässig. Empfohlen wird die durchgehende Benutzung einheimischer Steine und die Verwendung von Holz in der althergebrachten Art.

Die Höhe der freistehenden Grabmäler aus Stein darf bei Reihengräbern 1,20 Mtr., bei Kindergräbern 0,80 Mtr. (gemessen von Bodenoberkante, nicht Hügeloberkante) nicht übersteigen.

Grabmäler auf Familienstellen sollen im Allgemeinen nicht höher, wie eine dahinterliegende Grünwand sein, vor allem muß eine Beeinträchtigung der Nachbarstellen und Denkmäler ausgeschlossen bleiben. Freistehende Rückseiten und Seitenflächen der Grabmäler sind der Vorderseite entsprechend zu gliedern und zu behandeln.

Herford, den 1. April 1921.

Der Magistrat.

Kohlenverkauf auf neue Marke 1.

Am Freitag, den 15. April d. J.: Bezirk 3 Stranghöner, Nußkohlen, 19,20 *M*; Bezirk 4 Korte, Stückkohlen 18.20 *M*; Bezirk 5 Stork, Stückkohlen, 18,20 *M*; Bezirk 6 Mettenbrink, Stückkohlen, 18,20 *M*; Bezirk 7 Krüger, Stückkohlen, 18,20 *M*; Bezirk 8 W. Eschternkamp, Stückkohlen 18,20 *M*, Nußkohlen 19,20 *M*; Bezirk 9 Winkelmann, Stückkohlen, 18,20 *M*.

Ortskohlenstelle Herford-Stadt.

Die Nährmittelmarke Nr. 40 wird hiermit für den Landkreis Herford mit Wirkung für die Zeit vom 14. bis 22. April 1921 über **250 Gramm Weizen-Hartgries** in Kraft gesetzt. — Markenablieferungspflicht für die Kleinhändler: 26. April 1921.

Herford, den 12. April 1921. **Kreiswirtschaftsamt.**

Als zugelaufen gemeldet wurde ein Terrier. Eigentümer wolle sich innerhalb 14 Tagen im Amtsbüro, Zimmer 1, melden.

Herford, den 11. April 1921.

Der Ehrenamtmann des Amtes Herford-Hiddenhausen.
v. d. Schulenburg, Ehrenamtmann.

anz- und Anstandsschule J. Römkens und Frau
ernsprecher 644 HERFORD Unt. d. Linden 3
An dem in unserem Saal begonnenen
Abendkursus
können noch **Damen und Herren**
eilnehmen. — Nächste Unterrichtsstunde Freitag, 15. 4., abends 7½ Uhr.

Der werten Kundschaft zur Nachricht, daß die
Bauklempnerei u. Installation von
Hermann Ehrich
Salzuflerstraße 141 * * * Fernruf 1051
unter Leitung eines erfahrenen Gehilfen
n unveränderter Weise fortgeführt wird.
Bestellungen v. Reparaturen werden auch bei Beimfohr, Credenstraße 29, angenommen.

Industrie-Saatkartoffeln
sowie
gesunde Speisekartoffeln
ngetroffen. Wir empfehlen dringend, jetzt einzukaufen, weitere größere Sendungen kaum zu erwarten sind.
Gemüse- u. Obstmarkt, G. m. b. H.

Schützenhof.
Doppel-Kegelbahn
vollständig erneuert.

Aufträge
auf laufende Lieferung von
-: frischem Spargel :-
bitten wir uns zukommen zu lassen.
emüse- u. Obstmarkt, G. m. b. H.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
mehrere Einzieherinnen,
ferner geübte
Nageler u. Topfbesenmacher
u. einen schulentl. jugdl. Arbeiter
für die Holzwerkerei.
Kemmerling & Gößling
Piassavawaren und Bürstenfabrik.

Apfelsinen und Zitronen
in großer Auswahl
auch an Wiederverkäufer abzugeben.
Gemüse- u. Obstmarkt, G. m. b. H.

In einer Stunde vertilgen Sie unter **Garantie** Kopf-, Filz- und Kleider-**Läuse** l. Brut (Nisse), Flöhe bei Mensch. und Tier. „Kampolda", pat. gesch. Mitt. Wunden unschädlich. Verkauf nur Friseur **W. Schröder** Herford, Bäckerstraße 28.

Ratskeller HERFORD.
Dienstags und Freitags von 7½ bis 11 Uhr
KÜNSTLER-KONZERT.

An- u. Verkauf
von gebrauchten Möbeln, Oefen, Betten, Kleidern sowie sämtlichen Gegenständen vom einfachen u. künstlerischem Wert.
Postkarte genügt.
Jacob Schmitt, Stiftbergstraße 1, (Toreingang).

Fahrräder
neue u. gebrauchte. Tausche auch gebrauchte ein. / Ersatzteile aller Art.
Reparaturen prompt und billig.
G Marten, Credenstr. 24.

Mitesser
Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch u. zuverlässig Zucker's Patent-Medizinal-Seife. Nach jeder Waschung m. Zuckooh-Creme nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

TH. MANN & Co
Flügel und Pianinos


sind von ersten Meistern des Klavierspiels als vollendete Erzeugnisse anerkannt und durch 85jährige Erfahrung bewährt
Bielefeld * Oberntorwall 29.
Filiale: Herford, Gänsemarkt 6.

Frischer Rhabarber
eingetroffen, mit unserer **Ebereschenmarmelade** vermischt gibt einen wohlschmeckenden Brotaufstrich. **Zuckerrübensaft** kostet jetzt das Pfund 2.70 Mark.
Gemüse- u. Obstmarkt, G. m. b. H.

Eine ganze **Geige** nebst Bogen sowie Ständer und Kasten ist preiswert abzugeben. Zu erfragen **Radewigerstr. 6.**

Ein **Ein- od. Zwei-Familienhaus** in der Nähe des Renntors oder Bergertors zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote u. Nr. 16291 a. d. Geschäftsst. d. Zeitung.

Junger, sehr wachsamer **Schäferhund** zu verkaufen. Nachzufragen **Freiheitstr. 81.**

Guterhaltener, schwarzer **Kochherd** zu verkaufen. **Salzuflerstr. 129.**

Freibank (Schlachthof)
Morgen früh 8 Uhr
Großer Fleischverkauf.

Fräulein aus besserer Familie, 26 Jahre alt, erf. i. Haushalt und Kochen, bish. i. elterl. Hause tätig, sucht Aufnahme in besserer Familie ohne gegens. Vergütung zur Weiterausbildung. Familienanschluß Bedingung. Angebote unter Nr. 16326 an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Mädchen
eventl. schulentlassenes für halbe od. ganze Tage gesucht
Frau Ebke,
Hollandstraße 39.

Es stellt noch einige
jugendl. Arbeiter
und
Arbeiterinnen
ein
H. Meyer,
Rohrmöbelfabrik,
Bismarckstraße 31.

Musikverein
Damen und Herren
8 Uhr.
—: Dringende Probe. :—

Junges Mädchen,
das kochen kann, für drei Monate an die Ostsee gesucht.
Arbeitsamt
für Stadt- und Landkreis Herford,
Waisenhausstraße 1.

Tüchtige
Gehilfin
für die Damenschneiderei gesucht. Angebote unt. Nr. 16271 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Maurer
gesucht.
Bernhard Breder.

Zum 1. Mai
Mädchen
für Küche und Landwirtschaft bei hohem Lohn und guter Verpflegung gesucht.
Frau August Hebrock,
Elverdissen 92.

Tüchtiges Dienstmädchen
für sofort oder später **gesucht.**
E. Müller,
Eisgrabenstr. 14 I.


Siebe,
Siebgewebe
Carl Dürkopp,
Lübberstrasse 19.

Kinderwagen
(Sitz- und Liegewagen)
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen unt. 16237 in der Geschäftsst. d. Ztg.

Dobermann-Hündin
sehr wachsam, zu verkaufen.
Ellerfeldweg 3.

? Wer verkauft ?
Wir suchen verkäufliche
Häuser, Villen
mit od. ohne Geschäft, Pensionshäuser, Gasthöfe, Hotels, Fabriken, Ziegeleien, Mühlen, usw. Güter, Landwirtschaften u. w. zur Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Angebote nur von Besitzern.
C. H. Hülsse & Co.,
Hannover.

Eine
Besitzung,
bestehend aus kleinem Fabrikgebäude und einem **Wohnhaus** mit freiwerdender Wohnung umständehalber sofort zu verkaufen.
Nachzufragen in der Geschäftsst. d. Ztg. u. Nr. 16249

Backofen
2,00×1,80 m (Königswinter) und Backutensilien zu verkaufen. Angeb. u. Z 34187 an die **Westfälischen Neuest. Nachrichten, Bielefeld.**

Geschlechts-
kranke jed. Art (Harnröhrenleiden frisch und spez. veraltet, Syphilis, Manneesschwäche, Weissfluss) wenden sich sofort vertrauensvoll an
Dr. med Dammanns Heilanstalt
Berlin S. 69 Potsdamerstr. 123B. Sprechst.: 9—11 u. 2-4, Sonntags 10—11 Uhr. Belehrende Broschüre m. tausendenfreiw. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Berufsstör.) gegen 1.— Mark. diskr. in verschl. Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeben.

Schreibhefte u. Diarien
Zwei Ausführungen.

Sorte I:		Sorte II:	
Schreibhefte, 28 Seiten stark, 16 Linien, Stück	80 ₰	**Schreibhefte** (allerbestes Papier) 28 Seiten stark, 16 Linien, Stück	95 ₰
Diarien, mit Wachstuchdeckel, 72 Seiten stark, Stück	2,10 *M*	**Diarien,** mit Wachstuchdeckel, 72 Seiten stark, St.	2,80 *M*
Aufgabenbücher, 28 Seiten stark, Stück	65 ₰	**Rechenhefte,** 28 Seiten stark Stück	80 ₰

Buchdruckerei Fr. Kuhle
Rennstrasse 29/31. Fernsprecher 83.